

Der Deutsche Arbeitgeber

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Wochentl. monatlich. Sonntags. Abonnementpreis durch die Post bezogen
jährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die halbe Post. Coloniepreis für Arbeiter
je 75 Pf. Gewerbe- und Privatanzeiger 1 M.

Eigentum des Christlichen
Arbeiterarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Redaktion und Geschäftsstelle: Duisburg, Sennestraße 17. Telefon 537.
Sitzung der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonne-
mentsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Allgemeine Anzeigen-Ausnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 23.

Duisburg, den 8. Juni 1918.

19. Jahrgang.

Aufruf!

Der Krieg kämpft seinen schwersten Kampf; das Ringen drängt zum Ende. Tausende und Übertausende der Kämpfer in Heer und Flotte kehren zurück, die Eicher versammelt, die Gesundheit erschüttert. Ihre Kraft dem deutschen Wirtschaftsleben zurückzugeben, ihre Zukunft zu sichern ist Dankspflicht der Heimat. Die Versorgung unserer Kriegsbeschädigten ist in erster Linie Aufgabe des Reiches und muß es sein. Das Reich kann und soll in Erfüllung seiner Pflicht keinesfalls durch eine allgemeine Sammlung entlastet werden. Aber auch durch weitherrige gesetzliche Regelung der Neuverträge kann nicht in jedem Falle geholfen werden, wie es unserem vaterländischen und sozialen Empfinden entspricht. Sie trägt nutwendig etwas Schematisches an sich und ist in ihrer Stärke weit außerstande, dem Bedürfnis und der Dringlichkeit jedes Einzelfalles gerecht zu werden. Es bleiben zahlreiche Fälle dringend bei denen schnellstens geholfen werden muß, um bittere Not und Verzweiflung abzuwenden. Dies kann nur durch freiwillige Liefertätigkeit geschehen. Sie auszuüben sind die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge zusammengeschafften Organisationen berufen. Das gewaltige soziale Werk auszubauen ist das Ziel der Allgemeinen deutschen Volksversammlung für Kriegsbeschädigte (Ludendorff-Spende). Darum geht! Macht aus sorgenvollen Opfern des Krieges freudige Mitarbeiter an Deutschlands Zukunft! Ehret die Männer, die für uns kämpften und litten! Nur wenn alle zusammenziehen, ist das gesuchte Ziel erreicht.

Arbeitsgemeinschaft der Kaufm. Verbände Hans Bechly, Arbeitsgemeinschaft der techn. Verbände Dr. Höfle, Bund der industriellen Dr. h. c. Friedrichs, Vors. Deutscher Arbeiterkongress, F. Behrens, MdR. Zentralverband deutscher Industrieller Landrat a. D. Rötger, MdA. Deutscher Handels- und Gewerbeamtstag, Obermeister Blatz, MdH. Deutscher Industrie- und Handelstag, Der Präsident Dr. Kaempf, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, K. Legien, MdR. Gesamtverband der christl. Gewerkschaften Deutschlands, Edm. Stegerwald, MdH. Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Der Präsident Dr. Ritter, MdR. Hauptausschuß rationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, Jenz. Polnische Berufsvereinigung, Jos. Schmer, Verband der Deutschen Gewerbevereine (Kirch-Dunkel) Gustav Hartmann, Stadtw. Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Gorgé, Mitglied des Direktoriums der Friedr. Krupp A.-G.

*

Die Ludendorff-Spende soll eine allgemeine deutsche Volksversammlung für Kriegsbeschädigte sein, die auch von Seiten unserer Mitglieder weitgehendste Unterstützung und Förderung verdient. Die bisher bei der Arbeit in der Kriegsbeschädigtenfürsorge gemachten Erfahrungen haben erkennen lassen, daß sich mit den Mitteln des Reichs nicht alle Folgen der Kriegsbeschädigung abheben und beheben lassen. Die Ludendorff-Spende soll ergänzend neben die Kriegsbeschädigtenfürsorge des Reiches treten. Ihr Zweck soll vor allen Dingen sein, dafür Sorge zu tragen, daß nicht jeder Kriegsbeschädigtenfall über einen Leisten geblieben und nach einer Schablone behandelt wird. Es ist ein wohltuender Zug, daß gerade in dieser Angelegenheit nach Möglichkeiten gestrebt wird, um den einzelnen Fall liebhab und fürsorglich in seiner Besonderheit nachzugehen. Gerade das wird die Kriegsbeschädigten mit Zuversicht für die zukünftige Gestaltung ihres Vors. erfüllen.

Unser Volk kann den Dank, den es den kämpfenden Deerten draußen schuldet, zu einem Teil am besten abtragen durch weitgehendste Hilfe für die Kriegsbeschädigten. Hier gilt es zu helfen und zu stützen, zusammengebrochene Existenz wieder aufzurichten und neuen Lebensmut zu vermitteln. Wir Arbeiter aber, die wir mit der Masse der Kriegsbeschädigten ständige und innige Fühlung haben, wir sollten an erster Stelle alles tun, um den wohltätigen Zweck der Ludendorff-Spende erreichen zu helfen. Es mögen sich daher unsere Mitglieder und Freunde überall eine Ehre daraus machen, sich in hervorragender Weise an der allgemeinen Volksrente für die Kriegsbeschädigten zu beteiligen.

Um gleiche Wahlrecht.

Sir stehen in einer ersten Stunde innerpolitischer Neuordnung. Die Österreichs Kaiser über die Veränderung des Wahlrechtes in Preußen hat einen freudigen und begeisterten Wiederhall im weiteren Volk gefunden. Durchaus nicht so freudig stand man aber einer Wahlrechtsänderung im preußischen Landtage selbst gegenüber. Nach äußerst scharfen Kämpfen wurde das gleiche Wahlrecht in verschiedenen Losen von der Mehrheit abgelehnt. Es steht jetzt zu erwarten, was die Regierung tun wird. Wir Arbeiter haben von jeher den größten Anteil an der so bitter notwendigen Aenderung des Wahlrechtes genommen und stets dafür gekämpft.

Um die Aussöhnung und den Willen der christlich-nationalen Arbeiterschaft klar und schärf in dieser Sache zum Ausdruck zu bringen, fand am Sonntag, 26. Mai, eine große Versammlung in Essen statt, in der die christlich-nationale Arbeiterschaft einstimmig ihren Willen bekundete.

Die Kundgebung war ein ernster Appell in lechter Stunde an die preußischen Abgeordneten, ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage nicht aus dem enzen Gesichtswinkel der eigenen Partei heraus bestimmen zu lassen, sondern, wie es Kollege Abg. Schäffer in seinen einstigen Worten sagte, aus dem Gedanken heraus, wie das politische Staatsdenken in den breitesten Reihen der Bevölkerung gefördert werden könnte. Daher hielten sich die Verhandlungen peinlich von allen Schlagwörtern fern. Wir sind vielmehr überzeugt, daß kaum von irgend einer sonstigen Gruppe des Volkes die ganze Frage so ernst so aus den tiefsen Zusammenhängen heraus behandelt wird, wie es in der Essener Kundgebung geschah. Die Referenten des Tages haben noch einmal mit größter Eindringlichkeit die preußische Wahlrechtsfrage auf ihre weitreichendlich bedeutsamen Grundlagen zurückgeführt.

Der erste Referent, Abg. Stegerwald, ging davon aus, daß das deutsche Volk in diesem Kriege eine Generalkraftprobe abzulegen habe, wie noch kein Volk in der Menschheitsgeschichte. Bis jetzt habe es nach außen, auf den Schlachtfeldern, die Probe gut bestanden und es werde sie wohl auch weiter gut bestehen. Gleichzeitig erleben wir aber auch im Innern den größten politischen Machtkampf seit Menschenaltern, den Kampf um die Parlamentsreform in Preußen. Da sagt der eine Teil des Volkes: So lange das Haus brenne, können nicht an seine Errichtung herangetreten werden; im anderen sei das Haus des preußischen Staates im Innern nicht schlecht bestellt, doch schon jetzt zu größeren Veränderungen gefordert werden müsse. Im Gegenteil: das preußische Staatswesen seiere gerade jetzt in der Sieghärtet Arbeit des durchbarsten Ausführers auf, das deutsche Reich seine größten Triumphe. Der andere Teil des Volles dagegen vertrete die Aussöhnung. Deutschland könne den Krieg nicht erfolgreich beenden, wenn das Haus im Innern nicht schon jetzt wohlhaber für alle Volkschichten eingerichtet werde. Die breiten Volkschichten müßten jetzt die größten Opfer bringen und daher gelte es, schon jetzt auch zu zeigen, wie künftig die innere Aussöhnung erfolgen solle; nur unter dieser Voraussetzung kehren sich in wahrhafter Weise die letzten moralischen Kreise aus dem Volle heraus, sodass wir das entzündende Ringen „eine Viertelstunde länger“ auszuhalten in der Lage sein würden, wie die anderen Böller. Eine gute Erinnerung steht zudem vor unserem geistigen Auge. Dies von dem, was dem Volle im Verlaufe früherer Kriege versprochen wurde, ist dann später nicht gehalten worden. Mit Achtung nach den Freiheitskriegen eine schroffe Reaktion; nach dem Kriege 1870–71 erwartete uns der Kulturmampf und das Sozialistengesetz. Und gerade deswegen müßten diesmal wir während des Krieges die Voraussetzungen geschaffen werden, die deutlich erkennen ließen, daß eine Wiederholung solcher Enttäuschungen nicht zu befürchten sei. In dieser Stunde der großen Machtkprobe um die Aussöhnung des preußischen Staates muß, so führte Stegerwald aus, eine große Bewegung eine klare Meinung haben und in die Wagschale werfen. Die Wahlrechtsfrage hat die christlich-nationale Arbeiterschaft schon mehrfach beschäftigt. Zumal schon am 6. Mai 1917 unmittelbar nach Erlass der Österreichs Kaiser. Als dann im November die Vorlage im Abgeordnetenhaus eingeführt wurde, richteten wir unter dem 20. Januar eine ausführliche Eingabe mit unseren Forderungen an das Abgeordnetenhaus. Nunmehr aber, wo in den nächsten Wochen für das deutsche Volk und die preußische Staatsentwicklung Entscheidungen von ungeheurer Tragweite bevorstehen, drängt es die christlich-nationale Arbeiterschaft, noch einmal laut und vernehmlich zur Kennzeichnung ihrer Stellung die Stimme zu erheben.

Das Bild des preußischen Staates, von der Parteien Hass und Gunst verwirkt schwankt in der Geschichte. Wahr ist: Preußen hat eine große Vergangenheit. Nur aus seiner Geschichte kann es richtig beurteilt und verstanden werden. Deutschland ist die Mitte Europas, von lauter Großstaaten umgeben. Die alte hochstehende Kultur des deutschen Volkes ist durch den dreißigjährigen Krieg um Jahrhunderte zurückgeworfen worden. Rund 20 Millionen Menschen kamen damals um. In der Zeit dieser Ohnmacht Deutschlands konnten die Nachbarstaaten, Schweden, England, Holland, Frankreich, möglichst empor. Deutschland mußte auch nachher den Tunnelplan für die Kriege der Napoleonik abgeben. Nach dem dreißigjährigen Krieg ging später der siebenjährige Krieg und dann der napoleonische Sturm über seine Fluren. Mit dem deutschen Volke sprang man erbarmungslos um. So konnte Jahrhundertelang nicht aus dem Gesichtswinkel deutscher Interessen heraus Politik gemacht werden. Der Süden Deutschlands stand bis zum Kriege 1870–71 unter französischer, der Nordwesten unter englischer Interessenbeeinflussung. Sollten wir ständig uns für fremde Interessen gebrauchen lassen? Nun wissen wir: die politische Ohnmacht nach außen wurde bedingt durch die Herrschaft im Innern. Jedes deutsche Stämmchen wollte sein Stämmchen haben. Da war es Preußen, das unter un-

säglichen Mühen, ähnlich wie jener Vater in der Fabel seine Söhne an dem Bilde von dem zum Bündel zusammengefügten und so unzerbrechlich gemachten Stäben, die deutschen Stämme zu mächtiger Gefechtwirkung zusammengebunden hat. Das ist die große gesichtliche Tat des preuß. Staates. Die übrigen deutschen Staaten haben in diesem großen Leistung aufzuweisen, sie haben auch eine glücklichere Hand in den Menschenbehandlung gezeigt. Was aber Preußen auszeichnete, war, daß es allein unter den deutschen Staaten staatsbildende und staatsgestaltende Kraft enthielt. Es brachte eine Reihe großer Fürsten und Staatsmänner hervor, ohne die keine einheitliche Nationalbewußtsein in der Mitte Europas, kein großes Reich mit Weltgeltung zu schaffen gewesen wäre. Darin ist der eigentümliche Charakter Preußens begründet: es ist Militär-, Beamtens-, Autoritätsstaat. Auch uns gefällt manches an dem sogenannten Militäriste nichts, aber das ist doch mehr äußerlich. Was den Arztenbölkern daran nicht gefällt, das ist die darin liegende innerstaatliche Kraft.

(Schluß folgt.)

Arbeitsverhältnisse bürgerlicher Arbeiterinnen.

Wir gingen ins Feld, standen und soteten in Sturm und Wetter, im Nahkampf, im Schützengraben hielten wir stand in starkem Eisenhagel. Die meisten von uns hatten keine Vorstellung, woher all die vielen Waffen, Verteidigungsmittel, Munition usw. kamen. Wir aus den Betrieben standen ja draußen. Daß noch Kameraden daheim zur Herstellung dicker Sachen verwendet werden, wußten wir ja. Das aber Frauen und Mädchen soweit in unsere Arbeit eingreifen müssen, wer hätte daran gedacht. Nach Jahren fühlte die Gründe wo ich persönlich einmal diese Dinge schauen konnte. Und nun stand ich an einem Rüstungsbetrieb, der im Friedensjahr 1910 1600 Arbeiter beschäftigte, heute aber gegen 25 000. Nach Arbeitsabschluß zogen sie an mir vorbei. Zu Drei Viertel mindestens Arbeiterinnen. Wo sind sie alle her gekommen und wie mögen ihre Arbeitsverhältnisse gestaltet sein? Vieles sieht man die Lust der Tage an. Besonders denen, die in dieser Zeit zum ersten Mal in das Arbeitsjoch gespannt wurden. Viele kamen zitronengelb daher. Pittrinolubstanzen förderten ihnen Hand, Gesicht und Haar. Schwer sind sie zugänglich. Doch haben sie Vertrauen gesetzt, erfährt man bald, wo es fehlt.

Vor allen Dingen ist festzustellen, daß auch noch heute die Frau die billigere Arbeitskraft geblieben ist, welche der Arbeitgeber gern beschäftigt. Der Krieg hat hier, trotzdem die Frauen die Arbeit der Männer vertrieben, keine Veränderung gebracht. Einige Ausnahmen ändern an dieser Tatsache gar nichts. In den Betrieben, welche ich im Auge habe und in welchen an die Arbeitnehmer hohe Ansforderungen gestellt werden, bleiben die Grundlöhne weit hinter denen des Mannes zurück. Im Alford z. B. erhalten sie nur die halbe Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen. Bei letzteren aber sind in vielen Fällen die Altkorde so schlecht bezahlt, daß sie alle Kräfte anspannen müssen, wenn sie einen einigermaßen günstigeren Lohn verdienen wollen. Wollen nun unsere Arbeiterinnen etwas verdienen, oder gar soviel als der Mann, dann muß bis zur doppelten Stückzahl gearbeitet werden. Das ist ein Verlangen und ein Zustand, der nicht haltbar ist. Der Auftraggeber bezahlt die Stücke ganz gleich, wobei er nicht fragt, ob der Mann oder die Frau sie hergestellt hat. Die Arbeitnehmerinnen treten hier also gemischausen als Konkurrenten des Mannes auf. Beide haben ein großes Interesse daran, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht wird. Auch in den Steuerungszulagen sind die Arbeitnehmerin fast durchweg um 10 Pf. und mehr pro Stunde schlechter daran als die Männer. Warum das? Bekommen etwa unsere Frauen und Mädchen ihre Lebensmittel ihre Schuhe, Kleider für zum alles was sie zum Leben brauchen, auch nur um einen Pfennig billiger als der Mann? Werden ihre Kräfte vielleicht nicht noch mehr verbraucht, als die des Mannes? Braucht die Frau zum Leben etwa weniger als der Mann? Andererseits ist auch die Arbeitszeit für die Arbeitnehmerinnen besonders in den gesundheitsschädlichen Betrieben zu lang. Besonders ungemein wäre hier auf die Abteilungen, in denen giftige Stoffe verarbeitet werden. Hier sollte der Arbeitstagszeit vollständig genügen, ohne daß dieshalb die Bezahlung schlechter wäre. Viele unserer Frauen und Mädchen haben ein gutes Teil Gesundheit in den Rüstungsbetrieben geopfert. Auch durch Unfälle hat der Krieg manches Opfer unter den Rüstungsbetriebinnen gefordert.

Viele Frauen und Mädchen haben ihre gesunden Glieder geopfert und werden gerade so in Zukunft um ihre Stellung kreisen müssen, wie früher und noch jetzt die Männer. Schuld vor allem ist hier einmal die gefährliche Arbeit und die geringe Bezahlung. Unsere Arbeitnehmerinnen müssen viel lauter erschallen, aber die Frauen und Mädchen selbst müssen hier einmal Hand mit anlegen. Viele Arbeitnehmerinnen werden durch die Arbeitsverhältnisse auszumühen sein, auch nach dem Kriege in den Be-

bleiben der Metallindustrie zu arbeiten. Wir können daher gar nicht laut genug unsere Stimme erheben.

Das ist nur einiges was ich heute berichten will. In den meisten Orten wird es nicht viel anders sein. Gelehrte dürfte, daß das nicht so weitergehen darf. Wir haben ein großes Stück Arbeit vor uns, an der unsere Frauen und Mädchen selber mit anfassen müssen. Jeder wird heute so gehandelt, wie er es sich gesessen läßt und jeder schläft, wie er sich bettet. Sich organisieren im christlichen Metallarbeiterverband, das ist der einzige richtige Weg. Der Gelehrte darf auch den Frauen und Mädchen das Recht gegeben, ihre Rechte auf den Arbeitsplätzen zu verbessern. Wohl denn Frauen und Mädchen macht von eurem Rechte Gebrauch. Wenn man will, geht alles. Bei den letzten großen Räubten, welche im Westen ausgefochten wurden, glaubten sie begierig, daß es unseren Helden niemals gelingen würde, Gewalt zu tun. Aber es kam anders, es muß gehen, war die Lösung und es ging. Eine große Macht könnten wir unsere Frauen und Mädchen darstellen, wenn sie einzigt ab geschlossen in den Organisationen wären. Viele von Ihnen wissen das nicht und begreifen es noch gar nicht. Unser männlichen Kollegen liegt es hier, den Arbeiterinnen an die Hand zu gehen. Die Arbeiterin wird nach dem Kriege mehr als im Frieden neben uns als Kollegin stehen. Wir haben sie mit unseren Erfahrungen vertraut zu machen und zur Arbeit anzuleiten und ihnen die Weg zu weisen. Das auch unsere Frauen und Mädchen auf den Arbeitsplätzen ihren Mann stellen können, haben sie schon oft bewiesen.

Die Kolleginnen, welche mitarbeiten in unseren Reihen, dürfen nicht rasten. Sie müssen wissen, daß nur Ausdauer den Erfolg bringt. Gute Verhältnisse auf den Arbeitsplätzen schaffen, das ist der Opfer wert. Viele Tausende von Arbeiterinnen stehen aber noch heute arbeits und müssen auch angehalten werden mitzumachen. Es gilt sie zu gewinnen. Wenn Frau zu Frau spricht, dann kann das die Agitation nur erleichtern. Auch im Hinblick auf die ungewisse Zukunft kann es für unsere Arbeiterinnen nur von Vorteil sein, wenn sie sich in der Organisation eine Stütze schaffen, welche sich ihrer in allen Lebenslagen annimmt. Darum Kolleginnen, wie rechnen auf euch. Arbeit mit. Sucht eure Nebenkolleginnen, eure Freundinnen für unsern christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen.

5.

Zechenmetallarbeiter aufgewacht!

Die ablehnende Haltung der Zechenleitungen auf die diesem Frühjahr von den Arbeiterauschüssen gestellten Forderungen nach Mehrlohn hat besonders die Zechenmetallarbeiter schwer getroffen. Dort, wo die Ansprüche die Schlagsatzauschüsse angerufen haben hat deren Stellungnahme auch fast entwöhnt. Man hat sich hierbei anscheinend zu sehr auf Seiten der Zechenleitungen gelegt. Wenn man z. B. deren Ausführungen zur ablehnenden Haltung beispielhaft betrachtet, wonach in zwei bis fünf Monaten die Löhne gemäß bisheriger Entwicklung die von den Arbeiterauschüssen verlangte Höhe erreichen, nach mir zu fragen, ob man auch die viel schnellere Entwicklung auf dem Gebiete der Preisgekalktung für Nahrungsmittel, Wäsche, Kleidung, Schuhe usw. genügend berücksichtigt hat. Daneben ist auch die bedeutend wachsende Belastung mit Steuern und sonstigen Abgaben für Reich, Staat und Kommunen in Betrachtung zu ziehen.

Die Erhebungen des Kriegsausschusses für Komponentenarbeiter seien behoben, daß im Einzukommen die Unterbeamten und Arbeiter im Vergleich zu allen anderen Berufsschichten am schlechtesten gestellt sind. Die „Kriegsgewinner“ sucht man hier vergebens. Der Unterschied reicht noch bis zu 424,88 Pf. in einem Monat zu ungünstig des Arbeiters. Und deshalb bei der rationierten Art der Lebensmittelverteilung die Lebensweise sehr vom Einkommen abhängig ist, beweisen diese Erhebungen gleichfalls. Es kommt nämlich mehr das verfügbare Geld in Betracht als der Besitz der Lebensmittelmarken. Geld und gute „Selbstbindung“ sind heute vielfach ausgeschlaggebend. Geld fehlt der Arbeiterfamilie, daher steht sie in den Auslagen für Nahrungsmittel bis zu 79,66 Pf. stärker ab als die höher entlohnten Berufe, bei gleicher Anzahl und im gleichen Zeitraum. Die Folgerungen ergeben sich von selbst. Ernährung, Unterernährung in größtem Maße sind in der Arbeiterfamilie die Folgen. Folgen, die vom volksischen Standpunkt gewonnenen gegenüberliegt, mehr noch oder zumindest in unserm Vaterland recht unliebsam sind.

Gallien da nicht die Zechenleitungen etwas mehr Einsicht und Entgegenkommen befinden hinsichtlich der Lohnfrage. Mehr und mehr zu ungünstig der Zechenmetallarbeiter jüngst bei Sozialentwicklung. Jämer großer wird der Abstand des Lohnes in Höhe und Erhöhung jüngster Bergearbeiter (Hand- und Werkmeister, unterrichteter und in Tagesarbeiten beschäftigte Bergarbeiter im engeren Sinne) und Zechenmetallarbeiter. Durch vorliegenden Aufstellungen und Erhebungen im Überbergbau bei Durheim und Rebitz kann ergibt sich folgendes:

Durchschnitt	Durchschnitt
Stunden pro Tag	Stunden pro Tag
I. Hanau u. Rebitz	Steinenberg
Arbeiter	Arbeiter
1. Quartal 1916 8,26 hr.	5,30 hr.
2. Quartal 1917 10,-	5,57 10,75 hr.
10,70	6,72 -
11,51	7,22 -
Durchschnittsunterschied für Hanau und Steinenberg gegenüber den jüngsten unterrichteten Arbeitern	-50
1. Quartal 1916 2,96 hr.	
2. Quartal 1917 3,93 "	
3,93 "	
4,19 "	

Beide Aufstellungen zeigen ja immer wieder den Unterschied von steigen sollte, in welcher umso höher die Stellung der Zechenleitungen liegen. Bei 14 großes Unternehmensbericht des Rebitzergebäus liegt der Schnittumlauf 40 283 000 Mark im Jahr 1915 auf 38 513 000 Mark im Jahr 1916. Das ist eine Erhöhung um 18 Millionen Mark. Der Unterschied zeigt, daß bei den Bergarbeitern die entsprechende Stellung bei den Zechenleitern die entsprechende Erhöhung zur Berechnung der Grundentlohnung zu berücksichtigen ist, ja berücksichtigt ist, das ist nicht für die Zechenleiter. Und die Gründe? Weiger die Arbeitgeber um so wichtiger der Zechenleiter zeigt die Unterordnung in Überbergbau. Das Organisationsverständnis beider Kollegien ist deshalb weiter zu erhöhen. Wenn wir die Bergarbeiter ihre Organisationen aufzugeben beabsichtigen, auch das Zechenunternehmen

tern eigen werden. Mit den bisherigen Taten, "heute ein in den Verband und morgen heraus" muß gebrochen werden. Das ist Schlenderan, aber nicht kraftvolle, standeshemmende Gewerkschaftsarbeit. Die noch bestehenden zu überzeugen von dieser Arbeit, zum Abschluß an unserem Verband zu bewegen ist Aufgabe unserer Kollegen Zechenmetallarbeiter. Keiner Besuch und Meinungsaustausch in den Mitglieder- und Betriebsversammlungen gibt die Gewähr zur Besserung der Verhältnisse. Würden deshalb vorschlagende Zeilen zu einer erneuter Versammlung und weiterer Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes angeregt haben. „Vorwärts“ sei auch Parole der Zechenmetallarbeiter.

G. 3.

Gewerkschaftsarbeit u. Jugendagitation.

Die Bedeutung der Wertheit unter den jugendlichen Kollegen wird immer wieder in besonderem Maße in unserem Verbandsorgan hervorgehoben. Mit Recht werden Vorstände und Mitglieder auf diese bedeutsame Arbeit hingewiesen. Einen Blick auf das Wirtschaftsleben sowie auf das soziale Leben, zeigt uns, daß der jugendliche Arbeiter heute eine ganz andere Stellung einnimmt als vor Ausbruch des Krieges. In diesen Betrieben muß die Arbeitskraft der jugendlichen Arbeiter die zum Heeresdienst Einberufenen erlegen. Ja der Familie ist er mit verantwortlich für das Durchhalten. Soll Deutschlands Wirtschaftskraft für die Zukunft erhalten bleiben, dann ist vor allen Dingen notwendig, einen sachlich tüchtigen und körperlich gesunden Arbeitersand zu erhalten. Wir denken uns, daß in dieser Richtung vor allen Dingen bei den jugendlichen Arbeitern eingefestzt werden muß, weil diese es sind, worauf unsere Zukunft aufgebaut werden muß. Es zeigt wahrscheinlich von wenig Weitblick, wenn, wie es in der jüngsten Zeit sehr oft gefiehlt, Raubbau an der jugendlichen Arbeiterschaft grüßt wird, nur im geldlichen Interesse gewissenloser Kriegsgewinner. Bekannter der jugendliche Arbeiterarbeiter, welche früher von Erwachsenen ausgeübt wurden und dabei noch die Ausbildung der Lehrlinge zurückgesetzt wird, dann ist es nicht mehr als recht und billig, daß für auch eine entsprechende Bezahlung einzutreten zu lassen. Solweit die Industrie hierbei in Frage kommt, kann dieselbe auch dementsprechend handeln. Die Gewerkschaften haben denn auch bei den vor kommenden Bewegungen die Interessen der jugendlichen Arbeiter in den einzelnen Betrieben wahrgenommen:

Die unorganisierten Metallarbeiter

glauben sehr scharf zu handeln, wenn sie den Verbandsbeitrag „sparen“ und sich nicht in den christlichen Metallarbeiterverband aufzunehmen lassen. Aber sie schneiden sich durch eine solche Handlungsweise ins eigene Fleisch. Tatsachen beweisen es. So konnte vor kurzem in Berlin folgende Tatsache festgestellt werden, die — wenn auch aus dem Holzgewerbe —, auch auf das Metallgewerbe überall zutrifft, nämlich, daß in unorganisierten Betrieben weniger verdient wird, als in organisierten Betrieben. So verdiengen im Durchschnitt organisierte Eisacher 137 Pf., die Stände, unorganisierte 128 Pf.; organisierte Modellfädler 170 Pf., unorganisierte 144 Pf.; organisierte Kordtmauer 129 Pf., unorganisierte 100 Pf.; organisierte Arbeiter 129 Pf., unorganisierte 55 Pf. Also die Unorganisierten

verdienen weniger als die organisierten.

Dafür haben sie ja auch den Beitrag „gezahlt“. Wer handelt nun länger, der Unorganisierte, der den geringen Verbandsbeitrag „spart“ und dafür mit schlechterem Lohn vorlieb nehmen mag oder der Organisierte, der den Beitrag treu und pünktlich bezahlt und dadurch höhere Löhne ergiebt?

Jeder Kollege, der sein und seiner Familie Interesse wahrnehmen will, organisiert sich.

Es wäre doch jetzt sehr an der Zeit, daß die handwerklichen Berufe der Entwicklung des Gelbes ebenfalls Rechnung tragen und die Vergütungsfälle, denn von Lohn kann hierbei nicht gesprochen werden, steigen. Schreiber dieses Berufs in jünger Zeit wiederholte feststellen, daß die Vergütung bei Schreibern der Handwerksmeister fast erheblich nach den Friedensjahren gesunken. Eine Vergütung von 15—20 Pf. pro Stunde im letzten Jahrzehnt ist unter allen Umständen in der jüngsten Zeit zu wenig. Das braucht sich darum mehrheitlich nicht zu wundern, daß beim Handwerk keine Lehrlinge mehr angezogen werden. Eine davorstehende Aufgabe für die Handwerksmeister und Juwelen wäre es, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Eltern und Lehrlinge können hier allerdings ebenfalls mitwirken, indem sie nicht voreilig die Lehrlingslöhne unterschreiben und sich die Bedingungen nicht einzeln bzw. leichter hörigkeiten lassen. In den meisten Fällen werden nun sich ergreifen an die Verbandsfunktionäre, kann der Schreiber unterrichten. Nur in diesen Dingen vorsichtig zu arbeiten, sonst wird später frustig, wenn dies möglich wäre bei Erfüllung aus der Sache verhindern der Schreiber dem Betriebe zu schaden. Dies ist das Sprachwort zu diesem Sachen, das gesagt ist, heißt genauso.

Sonst sieht dieses Sprachwort gehöriglich ist, bleibt die Sprache nicht aus. Das zeigt neben vielen anderen Betriebesstellen auch die Betriebsleitung.

Die Zugesagten, die in der Versammlungspartei C. betriebe sind, hat gute Erfolge gezeigt. Am 1. April 1918 fand die Versammlungspartei 364 Mitglieder in der Zugesagten, angetreten gegen 196 am 1. Oktober 1917. Wie ist dieses kleine Ergebnis zu Stande gekommen? Grundbedingung für den Erfolg war zweitiges nachhaltiges Arbeitseinsatz, zweitiges, welche sich mit der Zugesagten sprach, Zugesagten sprach, welche für die sprachlichen Gewerken gemeinsam werden. Es wurde deshalb in einigen Zusammenen mit den sozialistischen Zugesagten zusammengekommen, doch diese beiden die kleinen über Zugesagten zur Zugesagten schließen. Bei diesem kleinen Zugesagten fand in einer unangenehmen Konversation eingesetzter werden. Die Schule, welche in nächster Zukunft der Zugesagten schnell zu-

griffen mit der Hauszögern, hatten auch den besten Erfolg. Solche Beispiele sollen angeführt werden. Der Vorsitzende ist in C. Iud am 1. Sonntag etwa 20 Kollegen ein, sich an der Agitation zu beteiligen. Von diesen 20 eingeladenen Kollegen erreichten etwa sechs. Es wurde nun nicht gewartet, bis die übrigen vierzehn zu erscheinen geruhten, auch wurde nicht viel geschimpft, sondern zur angestammten Zeit setzten sich die sechs Kollegen in Bewegung und machten 20 Neuauflagen. Diese Agitation wurde Sonntag für Sonntag fortgesetzt. Obwohl die Zahl der Mitarbeiter nicht wesentlich größer wurde, waren schon zehn zur Stelle, an anderen Tagen auch nur vier, brachte die Sektion C. es doch fertig, die Zahl der Jugendmitglieder von 57 am 1. Oktober 1917 auf 181 am 1. April 1918 zu steigern. Aehnlich verhält es sich in den Sektionen M. und E. Dagegen glaubte in der Sektion D. der Sektionsleiter, ein sehr intelligenter Kollege, die Gewinnung der Jugend hauptsächlich nur durch Vorträge und Auflösung der Jugend im Junglingsverein betreiben zu müssen. Wiederholte wurden Vorträge gehalten in Versammlungen die ganz gut besucht waren. Der Erfolg ist drei Aufnahmen in der Jugendklasse in einem Zeitraum von einem halben Jahre. An diesem Beispiel sieht man am besten was durch feste Gruppen und nachhaltige Arbeit geleistet werden kann.

Nicht Vorträge und Auflösung allein bringen Erfolg, sondern in erster Linie die nachhaltig betriebene Hausaktion. Damit soll nun nicht gesagt sein, als ob wir kein Gewicht auf die Versammlungstätigkeit legen müssten.

In unserer Verwaltungsstelle besteht folgender Agitationshof, der sich im allgemeinen gut bewährt hat. Für jeden Bereich eines Jugendvereins ist ein älterer Gewerkschafter als Vertretermann bestimmt. Dieser hat die Aufgabe, mit der Leitung des Jugendvereins in engster Führung zu bleiben, die Versammlungen des Jugendvereins zu besuchen und in denselben durch Vorträge aufklären zu wollen, oder wenn er selbst nicht reden kann, Redner für den Verein zu beschaffen. Durch dieses System bleiben wir mit der Leitung des Vereins stets in Fühlung. Weiter besteht eine Verständigung zwischen örtl. Verbandsleitung u. Leitung des Jugendvereins, jeden Monat einen Listen austausch der Mitglieder vorzunehmen. Aus diesen Listen ist ersichtlich, welche Mitglieder der Jugendvereine im laufenden Monat dem Verband beigetreten sind, bzw. welche wieder ausgetreten sind. Durch diesen Listen austausch wird die Wertheit in den Vereinen eine wesentliche Erleichterung erfahren. Obwohl diese Agitation viel Arbeit verursacht, dürfen wir doch nicht davon zurücktreten. Ohne Arbeit kein Erfolg. Möge in allen Verwaltungsstellen so gearbeitet werden, dann bleibt der Erfolg nicht aus. Leider erfreut sich diese Arbeit vorläufig nur auf die Jugendvereine Rath. Konfession. Es muß unsere Aufgabe sein, auch auf evangelischer Seite in noch stärkerem Maße eine derartige Arbeitsgemeinschaft anzubauen, damit auch die evangelische Jugend sich in größerer Anzahl unserem Verband anschließt.

Rundschau.

Zur Weiterentwicklung der Unfallversicherung durch Arbeitnehmervertreter

macht das „Reichsarbeitsblatt“ des Kaiserl. Statist. Amtes im neuesten Heft (Nr. 4 Sp. 31) im Hinblick auf die Schaffung eines Arbeiterbeirats bei der Gewerbeaufsicht folgende Bemerkungen:

„Die Reichsversicherungsordnung sieht für die Unfallversicherung keine gesetzlich geordnete Teilnahme der Versicherer an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften vor, weil die Versicherer von der Teilnahme an den Kosten ihrer Versicherung bestreit sind. Par. 687 Abs. 4 hat aber die Möglichkeit einer solchen Teilnahme, die nach früherem Rechte (GewLBG) Par. 184 Abs. 2c) nur für die Knappheitsberufsgenossenschaft bestand, auf alle Berufsgenossenschaften ausgedehnt. Nach dieser Bestimmung kann die Sitzung einer Genossenschaft bestimmen, daß Vertreter der Versicherer, ihrem Vorstand oder einem Sektionsvorstand mit Sitzenrecht angehören. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß von dieser Erweiterung für irgendeine Berufsgenossenschaft Gebrauch gemacht worden wäre. Außerdem ist dogmatisch bei der Gewerbeaufsicht ein anderer Weg beschritten worden, nur eine gewisse Beziehung zwischen den Versicherern und der Verwaltung der Genossenschaft herzustellen. Der Vorstand hat im Oktober 1917 beschlossen, „die Stellung eines sechsmannigen Beirats zu schaffen, der dem Genossenschaftsvorstand in allen, den Schutz für Leben und Gesundheit der Mannschaften betreffenden Angelegenheiten mit Rat und Tat zur Seite stehen soll“. Dabei wurde die Stelle des Beirats grundlegend einem Vertreter des Seemannsverbandes vorbehalten, um ihm auch das Vertrauen der Seeleute von vornherein zu sichern. Sie ist nunmehr dem Vorsitzenden dieses Verbandes durch Dienstvertrag übertragen worden.“

Es wäre zu wünschen, daß das Vorgehen der Seemannschaft zum mindesten in der durch den Par. 687 Abs. 4 angeregten Form auch in den anderen Unfallversicherungsgenossenschaften nach und möglichst überall Vertreter der Arbeiterversicherungsverbände zu Mitarbeitern gewählt würden.

Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Bauarbeiter.

Die 10. Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Bauarbeiter wurde am Montag, den 27. Mai, in Hannover im Hotel zu den vier Zeichenseiten eröffnet. Als Vertreter der Stadt Hannover begrüßte Herr Senator Hindenbusch die Versammlung. Erschienen sind 54 Verbandsvertreter. Vorstand der Kollegie Wiedeburg erstattete den Geschäftsbericht. Die Mitgliederentwicklung war bis zum Kriegsbeginn beträchtlich, sie betrug im Juli 1914 über 45 000. Das Handgewerbe wurde durch den Krieg sehr anfällig beeinflußt, die Zahl haben die Mitglieder einen Berufswechsel vornehmen müssen. Die militärischen Einzelzahlen sind hoch, über 30 000 Mitglieder stehen im Felde. Am Ende 1917 waren 9113 zahlende Mitglieder vorhanden. Das bare Verbandsvermögen belief sich auf 1 115 000 Mark. Der Verband errichtete ein eigenes Verbandsbüro, das im Jahre 1915 bezogen wurde, durch Friedliche Verhandlung mit den Arbeitgebern im Bauwesen unter Mitwirkung des Reichsamtes des Innern bezogen. Das Reichsamt des Innern wurde der zufolge eines Gesetzes genehmigt. Trotz der Steuererleichterungen hat die soziale Lage dieser Bauarbeiter eine erhebliche Verschärfung

Erfahrene Vöger den oft vielfach von Arbeitgeberseite propagierten Abbau der Löhne muß Stellung genommen werden; ein Abbau der Lebensmittelpreise muß unter allen Umständen vorans gesetzt. In bemerkenswerter Weise äußerte sich Wiedberg zur Kriegsleistung. Da unsere Feinde uns zwingen, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, muß beim Friedensschluß die Kriegslage verbunden mit politischer Klugheit entscheidend sein. Solange die Feinde wissen, daß sie keine Voraussetzung und keine Kontributionen von deutscher Seite zu befürchten haben, werden sie um so weniger zum Frieden bereit sein. Durch einen Vertragsfrieden wird den Arbeiterninteressen nicht gedient. Die Arbeiter bedauern tief die Abschaffung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Mit aller Entschiedenheit ist dasselbe zu fordern.

In der Besprechung des Geschäftsbüros wurden die Entwicklungsmöglichkeiten des Verbandes nach dem Kriegsende als nicht ungünstig beurteilt. Die Teuerung wurde allgemein bestätzt, insbesondere die ungeheure hohen Preise für Kleidung. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften soll der Kriegsbeschädigtenorganisation ein besonderes Interesse zuteilen. Für die Anlage der Gewerkschaftsgelder wurde die Errichtung einer Genossenschaftsbank gefordert. Begegnen die Wiederzulassung der ausländischen Arbeiter würden christliche Gedanken, der Schutz der nationalen Arbeit auf im Vordergrund stehen.

Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Koll. Kegervold, besprach in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, das eine deutsche Frage und die Voraussetzung für die Eingliederung des Arbeitersstandes in den Staatsorganismus sei. Er betonte, daß die Arbeiterschaft unter keinen Umständen von ihrer Forderung abgehe. Die Regierung müsse fest bleiben, solle nicht der monarchische Gedanke durch Nichtanwendung des gegebenen Versprechens eine überaus schwere Brüderlichkeit erfahren. Für den Fall einer abermaligen Ablehnung müßten die Arbeiter sich auf einen äußerst scharfen Wahlkampf vorbereiten. Für die Arbeiter könne die Parole nur lautet: einem Gegner des gleichen Wahlrechts keine Stimme.

* Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands

hat im Jahre 1917 wieder 5203 Mitglieder zugenommen. Mit den im Felde stehenden Mitgliedern waren am Schluß des Jahres 15.586 Mitglieder vorhanden. An geselligen Mitgliedern hatte der Verband 426. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich von 156 auf 175 erhöht. An Einnahmen waren 166.087,50 M. zu verzeichnen und an Ausgaben 129.354,58 M. Auf 7097 Mitglieder wurden 3.269.784,44 M. an Lohnzuschüttungen und Teuerungszulagen erreicht und für 20.591 Bevölkerung überhaupt 12.604.961,20 M. Neuabgeschlossen wurden 11 Tarifverträge und 7 erneuert. Die sonstigen Erfolge, die für die Beteiligten von finanzieller Wirkung sind, wie Zusätze für Überstunden, Sonntags- und Nachtarbeit, sind in vorliegenden Zahlen nicht eingeschlossen. Im Jahresbericht wird Bezug genommen auf die erstaunliche Tätigkeit der Feldgruppen auf den Kriegsschauplätzen und diejenige der Heimarmee. Eine günstige Zukunftsentwicklung dürfte dem Verband trotz aller Schwierigkeiten beschieden sein.

* Neue Bestimmungen über die Festsetzung der Kriegsbeschädigung.

Durch einen neuerlichen Erlass des Kriegsministeriums haben die bisherigen Grundlagen für die Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung folgende Erläuterung und Ergänzung erfahren: Sobei Dienstbeschädigung, die auf die besonderen Verhältnisse des Krieges zurückzuführen und in der Zeit vom Beginn der Mobilisierung bis zur Beendigung der Demobilisierung erlitten wird, ist als Kriegsdienstbeschädigung anzusehen. Im Heimatgebiet genügt für die Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung der Nachweis der Einwirkung besonderer Verhältnisse des Krieges, allgemein bei Angehörigen mobiler Formationen, bei Angehörigen immobiler Formationen, wenn sie sich auf dem Marsche in das Kriegsgebiet oder auf dem Rückmarsch von dort befinden. Im übrigen kommen für Angehörige immobiler Formationen im Heimatgebiet als besondere Verhältnisse des Krieges, die hier die Annahme von Kriegsdienstbeschädigung begründen können, lediglich besondere nachgewiesene kriegerische Ereignisse oder Zustände in Betracht. Beim Garnison- und Ausbildungsdienst können solche Zustände nur dann als vorliegend angesehen werden, wenn erwiesen werden, daß durch den Krieg bedingte und über das Friedensmaß hinausgehende außerordentliche Anstrengungen oder Erziehrung oder dem Leben und der Gesundheit gesährliche Einflüsse vorgelegen haben. Der Tatbestand muß in solchen Fällen besonders einwandfrei gellärt werden. Sobei Gesundheitsförderung, die mit einer Kriegsdienstbeschädigung in unmittelbarem Zusammenhang steht, ist als Kriegsdienstbeschädigung anzusehen. Hierher können auch Fälle gehören, in denen die von einer Kriegsdienstbeschädigung herrührende körperliche Unbefähigkeit oder Schwäche erst nach der Entlassung aus dem Militärdienst und nach der Demobilisierung zu einer neuen Errichtung oder Beschädigung führt. Einige Anträge würden, wenn sie auf dem Offizierspensionsgesetz beruhen, beim Kriegsministerium (Pensionsabteilung), wenn sie auf dem Wirtschaftsversorgungsgesetz beruhen, bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel, und wenn sie auf dem Militärhinterbliebenen-Gesetz beruhen, bei dem zuständigenstellvertretenden Kommandantur anzutragen sein.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. Juni, der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. Juni bis 15. Juni 1918 fällig.

* Bekanntmachung betr. vollgelebte Mitgliedsarten.

Die für das erste Jahr der Mitgliedschaft ausgestellten Mitgliedsarten sind — wenn alle 52 Sätze vollgelebt — ebenso Mitgliedsarten auszuzeichnen.

Die Ausstellung der Mitgliedsarten erfolgt von den Verwaltungsstellen selbst. Der Bedarf an Büchern ist rechtzeitig von der Hauptverwaltung anzufordern.

Die Mitgliedsarten sind nicht nummeriert. Sie haben

die Mitgliedskarte nicht, einzuschreiben ist. Die Mitglieder behalten also ihre bisherige Nr. und sind unter dieser Nr. in der Mitgliederliste, bzw. Kartothek weiter zu führen. Auf der inneren Deckelseite des Mitgliedsbuches — dem Titelblatt gegenüber — sind in der dort eingedruckten Zeitschriftenzeitung die in der Mitgliedskarte gesetzten Bezeichnungen usw. entsprechend zu bezeichnen. Die Bezeichnung ist nur gültig, wenn sie mit Unterschrift und Stempel der Verwaltungsstelle versehen ist.

Die vollgelebten Mitgliedsarten sind als Beleg der erfolgten Beitragseistung regelmäßig, entweder bei größerer Zahl mit den Erwerbsergebnissen wöchentlich oder bei kleineren Mengen monatlich mit der Zahlkarte und dem Fragebogen, an die Hauptverwaltung einzusenden. Bei der Abrechnung am Witterungsabschluß müssen alle bis dahin eingetragenen Karten spätestens eingesandt sein. Für nicht eingetragene Karten wird die Beitragseistung in Unterstützungsfällen nicht anerkannt.

Für andere Zwecke als nur zum Urnenschluß der vollgelebten Mitgliedsarten dürfen die Mitgliedsbücher nicht verwendet werden. Insbesondere werden die Übertritte aus anderen Verbänden, wie aus der Jugendklasse, die Christliche usw., nach wie vor durch die Hauptverwaltung ausgestellt. Auch neu aufgenommene Mitglieder dürfen für das erste Jahr der Mitgliedschaft niemals ein Buch erhalten, sondern ihnen ist stets eine Mitgliedskarte auszustellen und diese erst nach erfolgter Volllebung in oben angegebener Weise gegen ein Buch umzutauschen.

* Krankenunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort bei im Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Kurzzeit wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bismarckhütte. Auf der Bismarckhütte werden, wie das in der Kriegszeit allgemein geworden ist, in hohem Maße Arbeiterrinnen beschäftigt. Sie sind sogar im Walzwerk tätig und hantieren mit den glühenden Stücken, die sie vom Ofen zu den Walzen bringen, herum. Auch als Kesselheizerinnen sind die Arbeiterrinnen beschäftigt. Die Arbeit dauert 12 Std. täglich. Die Zeiten zum Essen werden dadurch gewonnen, daß eine Arbeiterrin solange für die andern mitarbeitet bis diese gegessen hat. In der Mittagspause kommen zwar zwei Arbeiter zur Abholung. Da diese aber nur zwei Heizerinnen vertreten können, müssen die übrigen 11 Heizerinnen auf ihrem Posten ohne Mittagspause ausharren. Mit Hilfe dieser Mittagsabholung wurde also erzielt, daß jede Heizerin allwöchentlich eine Mittagspause hatte. Trotz dieser Tatsache rechnete die Firma so, als handle es sich um eine zehnständige tägliche Arbeitszeit. An Stundenlohn gewährt sie 40 Pf. netto einer Teuerungszulage von 80 Pf. pro Schicht. Rechnet man indes die tatsächliche Arbeitszeit, so beträgt der Lohn abgesehen von der Teuerungszulage für diese äußerst schwierige Arbeit ganze 33 Pf. pro Stunde.

Die Arbeit griff die Kolleginnen derart an, daß sich schwere körperliche Gebrechen einstellten. In den heißen Tagen des Sommers 1917 mußten viele vor Erschöpfung die Arbeit während der Schicht aufzugeben.

Entsprechend dem Grundsatz Einigkeit macht stark schlossen sich die Kolleginnen dem christlichen Metallarbeiterverband an und ersuchten den Verband um Ausarbeitung einer Eingabe an die Direktion, in welcher die Einführung der dreiteiligen Schicht unter Fortzahlung des in zwölfständiger Schicht bisher verdienten Lohnes einschließlich Teuerungszulage gewünscht wurde.

Die Eingabe ging am 17. 4. an die Direktion und an den Arbeiterausschuß. Die Firma ließ es in anerkannter Weise gar nicht auf eine Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß in der Frage ankommen, sondern hat der Forderung der Kolleginnen ab 1. Mai ohne weiteres entgegengestellt.

Die Kolleginnen haben allen Grund sich ihres schönen Erfolges, den sie durch Einigkeit im christlichen Metallarbeiterverband erzielten, zu freuen. Nun ist es ihre Pflicht treue Mitglieder des Verbandes zu bleiben und für dessen Ausbreitung zu wirken. Wie in diesem Falle durch die Organisation helfend eingegriffen werden konnte, so ist das in 1000 anderen Fällen und an ebensoviel anderen Stellen der Fall. Weil bestehende Kolleginnen und Kollegen das wissen, deshalb bleiben sie ihrer Organisation unter allen Umständen treu und betätigen sich eifrig im christlichen Metallarbeiterverband. In Oberhessen mit seinen zuländigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen ist das ganz besonders nötig.

Heidenheim (Württemberg). Eine äußerst sonderbare Auffassung vom „Frieden“ hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Heidenheim. Eine Reihe Lehrlinge waren unserem Verband beigetreten. Dies gab dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband Anlaß zu einer auf ganz niedriger Stufe stehenden Kette gegen unseren Verband. Derstellvertretende Geschäftsführer Genosse M. Sendlér (sofort Angestellter auf der Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart, früher in Solingen) gab an seine Mitglieder folgenden Briefzettel heraus:

„Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Heidenheim-Losen. Achtung! Weitergeben!

Sonntag, den 23. März 1918, abends 7.30 Uhr
im Gesellschaftsgarten

Außeroberdörfliche Mitglieder-Versammlung.

Zusageordnung:

1. Eine neue gelbe Gefahr für die Heidenheimer Metallarbeiter, oder

Sollen unsere Lehrlinge, unser Nachwuchs zu jedem Gewerkschaftsverein erzogen werden? Referent: M. Sendlér

2. Freie Aussprache.

Pflicht jedes organisierten Metallarbeiters ist, unter allen Umständen in der Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch muß am Saaleingang vorgezeigt werden! Die Eltern von Lehrlingen, Vater oder Mutter müssen anwesend sein!!!!

Die Oberverwaltung.

Die Folge dieser Versammlung, in der Sendlér unsern Verband als eine gelbe Organisation darzustellen beliebte, zeigte sich dann darin, daß die sozialdemokratischen Verbände, Mitglieder in geradezu rüpelhafter Weise die unserm Verband angehörigen Lehrlinge belästigten. Unter Androhung von Bußgeld sollten die Lehrlinge zum Austritt aus dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands veranlaßt werden. Sogar aufspüren wollte man sie. Das ganze alte sozialdemokratische Erbe und der Erbe der Sozialdemokratie kam gegen die jungen Leute zur Anwendung. Ob den sozialdemokratischen Agitatoren nicht ob ihrer Aufführung selbst die Schamlosigkeit geschlagen ist? Unsere Mitglieder fordern wir auf, treu dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands zu stehen und für dessen Ausbreitung Sorge zu tragen und sich in seiner Weise durch solche elende Agitation beirren zu lassen. Die sozialdemokratische Agitation ist verurteilt!

Billingen, bad. Schwarzwald. Die Kollegen im Messingwerk Schwarzwald haben einen schönen Erfolg erzielt. Das Messingwerk Schwarzwald wurde von der Firma Gebr. Hugo & G. Schramberg erworben. Die Kollegen organisieren sich alle in unserem christlichen Metallarbeiterverband. Nach einigen Betriebsversammlungen wurden verschiedene Wünsche der Betriebsleitung vorgelegt. Der Arbeiterausschuß schlug der Firma vor, unter Zugleichung des Kollegen Kuhn, Pforzheim zu verhandeln. Die Verhandlung wurde abgelehnt. So wurde die Sache dem Schlichtungsausschuß Donaueschingen überwiesen. Dieser sollte folgenden Schiedsspruch:

I.
Mit Wirkung vom 1. Jahrestag im April 1918 werden a) die Stundenzähne im Messingwerk Schwarzwald GmbH, in Billingen festgesetzt wie folgt:

1. für Giezer und Fertigmacher auf 1,20 Mark bis 1,30 Mark, für Schlosser auf 97 Pf. bis 1,10 Mark.
2. für sonstige Giehereiarbeiter und Heizer und zwar
 - a) volljährige auf 1,10 M. bis 1,20 M.
 - b) minderjährige auf 85 Pf. bis 95 Pf.
3. für sonstige Walzereiarbeiter, Stanzer, Presser, Fräser und Hilfsarbeiter auf 1 Mark bis 1,10 Mark.
4. für Arbeiterinnen auf 50 Pf.
- b) Zusätze gewährt und zwar bei Überstunden ein Zuschlag von 25 Prozent, bei Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Prozent. Als Überstunden gelten die ersten zwei über die reguläre zehnstündige Arbeitszeit hinausgehenden Stunden.

II.
Damit sind alle Anträge in der Eingabe vom 22. Februar 1918 erledigt.

Diesem Schiedsspruch haben sich die Parteien unterworfen. (Folgen die Unterschriften.)

Für die Kollegen in Billingen muß dies ein neuer Ansporn sein, eifrig für unseren Verband Mitglieder zu werden. Je stärker unsere Organisation ist, um so eher haben wir Aussicht für diejenigen noch etwas zu erreichen, die zu kurz gekommen sind.

Mannheim. (Bezirkskonferenz) Am 5. Mai ds. Js. fand die diesjährige Bezirkskonferenz für den Bezirk Mannheim statt. Vertreten waren Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal, Neheim, Eggersheim, Ransbach, Pforzheim, Niedersulz, Heidelberg, Neustadt und Speyer, Oberkirch, Kastell, Heilbronn und Bruchsal waren nicht vertreten. Außerdem war der Verbandsvorsitzende Kollege Wieber und die Kollegen Bezirksleiter Stuttgart und Kuhn Pforzheim erschienen. Die Verhandlungen wurden vom Kollegen Eberhardt Mannheim geleitet. Aus dem vom Kollegen Bezirksleiter Thelen erstatteten Bericht über das Jahr 1917 ist folgendes zu entnehmen:

Die Mitgliederzahl stieg vom 1. 1. 1917 bis 1. 1. 1918 in den verfeierten Ortsgruppen um 595. In dem Aufstieg waren in der Hauptstadt Mannheim und Umgebung, Karlsruhe, Pforzheim und Niedersulz beteiligt. Die übrigen Gruppen hatten keine befriedigende Aufwärtsentwicklung. Das liegt vor allem an der geringen Anzahl Mitarbeiter. Auch der Betriebsaufnahmevertrag läßt an vielen Stellen noch zuwünschen übrig. Daher ist auch die Beitragseistung nicht immer befriedigend.

Ginnahmen und Ausgaben bilanzierten mit 13.239 Mark. Mitgliederentwicklung und Beitragseistung hätten angeblich der vielen Lohnbewegungen und deren Erfolge bedeutend besser sein müssen.

Bei 19 Betriebungen, mit zusammen 659 Beteiligten Mitgliedern, wurden für 145 Mitglieder pro Kopf und Woche 4 Mark, für 195 Mitglieder 5 Mark, für 66 Mitglieder 6 Mark, für 125 Mitglieder 7 Mark, für 60 Mitglieder 8 Mark, für 29 Mitglieder 9 Mark, für 9 Mitglieder 10 Mark, für 12 Mitglieder 11 Mark, für 18 Mitglieder 12 Mark, für drei Mitglieder 13 Mark, für 4 Mitglieder 14 Mark und für 87 Mitglieder 15 Mark im Durchschnitt Mehrlohn erzielt mit einer Gehaltszweireihenmauer an Etappenmitteln von über eine Viertelmillion Mark. So klein unser Bezirk im Verhältnis zu anderen unseres Verbandes noch ist, ist doch ein Beweis für den ungeheuren Wert der gewerkschaftlichen Organisation für die Mitglieder. Hat sich doch der Verbandsbeitrag hundertfach verdoppelt. Um so mehr ist das geringe Interesse, das einige Verhältnisse gegenüber den Gegnern u. die mangelnde Bezahlung so vieler Mitglieder zu betrachten, die an der Erfolgsentwicklung des Verbandes im Bezirk keinen Anteil haben. Dafür ist um so mehr das opferfreudige Mitgliedertum der wenigen Kollegen welche Verwaltung, Agitation und besonders die Hausagitation betreiben und pflegen, als auch ahnungsreiches Beispiel den Säuglingen und Kindern vor Augen zu halten.

Wenn 40 Kollegen und Kolleginnen des gesamten Bezirks in der Hausagitation teils nur durch gelegentliche, teils durch regelmäßige Mitarbeit bei der Hausagitation es auf über 1000 Familienhäusern kommt, dann darf offenbar anderer

Unternehmen guten Willen auch möglich sein. Zumal dort, wo einfache Frauen und Mädchen, die in der Bewegung noch nie sind, es in Einzelfällen bis zu 10, 20 und 30 Aufzügen brachten. Mehr Opfergeist, Selbständigkeit, Mut, Ausdauer und Pflichttreue auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Tätigkeit muß hier Platz greifen, um notwendige größere Erfolge zu erlangen.

Ansprechend an den Bericht hielt Kollege Gengler, Beauftragter, Stuttgart, ein instruktives Referat über unsere Aufgaben in Geisenhain und Zukunft. In der Hand praktischer Beispiele und Erfahrungen zeigte er, wie es in der Agitation, Erziehung und Organisation gemacht werden muß, und wie man kleine Winde bannen kann, machen Dingen die auch im Bericht kritisierten Mängel schnell beseitigen. Hoffentlich kann man, wie er Delsigier den Ausbildungunterricht nicht aus legt, in dessen Grundzüge überall in die Tat um. Einen frisch erschrockenden Antrag aus der Mitte der Konferenz angeliefert, der die Erhöhung der Beiträge für alle Gruppen am 1. Juli verfügte, wurde mit 29 gegen 3 Stimmen abgewiesen. Hoffentlich beschließen Sie auch die Gruppen, welche hier gegenstehen, nicht der bestehenden Notwendigkeit einer Beitragssteigerung. Zumal sie mit ernsthaften Gründen, welche die Beitragserhöhung sprechen und auf der Hand liegen, in früher und jetzt ihre Lohnforderungen begründen und auch weiter. Was für den Einzelnen Menschen in der heutigen Zeit der erhöhten Ausgaben auf allen Gebieten des sozialen Bedarfs gilt, trifft nicht minder für die Organisation zu. Außerdem sind die Auflorderungen an unseren Verbandskongress in der Zukunft sehr wahrscheinlich so hoch, daß die Kollegen nach Beendigung des Krieges noch froh sein werden, bei Zeiten vorsorgend und ihre Rässen gehörig zu haben. Dann ist auch nicht einzusehen, warum wir im Mannheimer Bezirk nicht das gleiche leisten könnten wie unsere Kollegen in München, Nürnberg usw. und unsere Gegner am Platze.

Ein großangelegtes Referat hielt sodann unser Zentralvorsitzender Kollege Wieber, der nach eifrigem in gründlicher Weise Maßnahmen und Zielsetzung für das gewerkschaftliche Leben und Arbeiten erläuterte. Wir wollen nur hoffen, daß alle entsprechenden Kollegen gerade von diesen Ausführungen unseres Zentralvorsitzenden möglichst viel ihrer Kollegen in der Heimat mitteilen, damit auch diese neue Anregung daraus schöpfen.

Mit dem warmen Appell das soll, Oberhardt an die Delegierten, die heutige Konferenz als Ausgangspunkt pflichtiger Verbandsarbeit zu benutzen, wurde die Konferenz geschlossen.

Kollegen und Kolleginnen des Mannheimer Bezirks, halten sich jetzt einer Gedanken treuer, festsamer Verbandsarbeit vor Augen und handelt danach.

S

• Ravensburg. Sohnbewegung bei der Firma J. E. Honer, Maschinenfabrik, Ravensburg. Schlichtungsausschuß für den sozialen Hilfsdienst im Ravensburg. Sitzung am 3. Mai 1918.

• Anteckn.: Der Vorsitzende Hauptmann d. L. a. D. von Rom, Fabrikdirektor war vor, Ravensburg. Fabrikdirektor K. Brendl, Weingarten, Schlossermeister Braun, Ravensburg als Vertreter der Arbeitgeber; Paul Fischer, Friedrichshafen, Joh. Beutz, Ravensburg, Josef Härzler, Friedrichshafen, als Vertreter der Arbeitnehmer und als Mundanwalt für die Arbeitnehmer, Spindler, Ulm. Schreiter des örtlichen Metallarbeiterverbandes und Fischer, Friedrichshafen, Sekretär des sozialen Metallarbeiterverbandes.

Spruch: des Schlichtungsausschusses für den sozialen Hilfsdienst in Ravensburg; in der Sohnheitszeitungszeitung der Arbeiterschaft der Firma J. E. Honer, Werkzeugmaschinenfabrik und Eisengießerei in Ravensburg, wegen Lohnerschöpfung:

1. Der Vortrag der Arbeiterschaft der Firma Honer, Werkzeugmaschinenfabrik und Eisengießerei in Ravensburg auf Lohnerschöpfung wird als berechtigt anerkannt.

2. Als Einzellöhne werden festgesetzt die in den Richtlinien des Fgl. Betr. Liefertypenvertrags Nr. 5790 R. 17 B. R. 10 vom 24. 12. 1917 normierten Höhe mit Abzug von 15 Prozent, mit Ausnahme der Sätze für gelehrte Mitarbeiter über 21 Jahren, bei welchen der Abzug nur zehn Prozent betragen soll. Die Einzellöhne sollen nach höchsten direkten Besoldungsdauer eine Erhöhung um 20 Prozent erfordern. Leidigenfalls der Arbeitgeber gefallen sie soll auf Verlangen den Arbeiter mit Wiederholung zu entlasten.

3. Für sämtliche bei der Firma Honer zurzeit den Arbeitern und Arbeitern gezählten Stände wird ein Bezahltag von 20 Prog. in der Stunde befreit. Hierunter fallen auch die mit 65 Prozent festgesetzten Stundenlöhne der zurzeit noch veränderten Leidigkeit im sogenannten zweiten Schichtdienst lebenden jungen Leute, die ebenfalls die Ausförderung von 20 Prog. in der Stunde erfahren.

4. Der Lohn des Heizers Hans wird am 25. Mai pro Stund. der Lohn des Kutschers Bruno auf 80 Mark pro 14 Tage bestimmt.

5. Die Frage des Urlaubes der Arbeiter wird in der Weise geregelt, daß denselben bei jährlicher Tätigkeit zwei Tage bezahlter Urlaub, bei anfängerischer drei Tage; bei sechsjähriger vier, bei zwölffjähriger fünf bei 14jähriger und längerer Tätigkeit sechs Tage bezahlter Urlaub gewährt werden soll. Einheitslänge vor der Militärdienst werden mitgeteilt, eben mit der Tatsache, daß die Militärdienst nicht mitgezählt wird.

6. Berichtigungen dürfen durch diese Vereinbarung nicht erlaubt.

7. Bei der in Kurzer Zeit zu schaffende Erstellung der Motorarbeiten sollen für die im Schluß besagten Arbeiter die Höchstpreise so bemessen sein, daß die jetzt festgelegten Höhe tatsächlich erreicht werden. Eine Begründung und oben darf nicht entfehlen.

8. Die Berechnung soll mit dem Beginn der nächsten Zweiwoche in Kraft treten, für den jüngere Hans und den 1. Mai.

9. Sollte die Firma auf diese Orte nicht eingehen will oder kann, soll sie verpflichtet sein, jedem Arbeiter auf seinen Anträgen entsprechend den 20fachpreis zu entrichten.

Beigekröpft: Ravensburg den 1. Mai 1918.

Der Sekretär: 1918. 1. Mai, Hauptmann d. L. a. D.

Kollegen! Kolleginnen! Was gilt es, das Errungene festzuhalten. Bezeichn. ist der Arbeiter ein Menschen im sozialistischen und sozialen Schutz der Organisation entgeht. Nur die organisierte Arbeiterschaft kommt zur Geltung. Das muß jetzt, möglichst bald bei ganz wichtigen

Erungenenes festhalten, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen will, muß auf die Stärkung des Verbandes bedacht sein. Die Hebung der Lage des Arbeiterstandes muß in erster Linie das Werk seiner selbst sein. Darum Werbe- und Aussiedlungsarbeit! Wer vorwärts will, wenn das Wohl seiner Familie, das Wohl des ganzen Standes noch etwas gilt, der trete in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands, der ehrlich und entschieden die Interessen der Arbeiter vertreibt.

Düsseldorf-Grafenberg. 11 Uhr bei Sillenbach, Gudenbergerstr. Benrath. 11 Uhr im Lokale „Zur Delle“. Neukirch. 11 Uhr bei Buschmann, Gathenstraße. Bäderich. 5 Uhr im Lokale Deimes-Meyer. Düsseldorf-Oberbilk. Abends 8 Uhr bei Süder, Am Markt, Köhlerstraße. Kupferdrück. 11 Uhr bei Efkens. Hochum-Wettmar. 7 Uhr bei Pöllerberg, Schulstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. Ober. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Vortrag des Zentralvorsitzenden Kollegen Wieber. Uhlen. 11 Uhr Versammlung für sämtliche Betriebe. Escheinen sämtl. Kollegen und Kolleginnen dringend erforderlich. Hamm-Weselstein. 5 Uhr Familienabend bei Helm. Unna. 11 Uhr bei Winterkamp für Unna und Königsworthe.

Mittwoch, den 19. Juni 1918:

Gelsenkirchen-Districtverw. Abends 8 Uhr bei Dirkes, Vereinsstraße 59; Branchenversammlung der Maschinenarbeiter und -arbeiterinnen (Bohrer, Fräser, Hobler u. a.).

Donnerstag, den 20. Juni 1918:

Gelsenkirchen-Districtverw. Abends 8 Uhr bei Dirkes, Vereinsstraße 59; Branchenversammlung der Elektrofitter, Motorenwärter, Kranführer und -führerinnen.

Freitag, den 21. Juni 1918:

Gelsenkirchen-Districtverw. Abends 8 Uhr bei Dirkes, Vereinsstraße 59; Branchenversammlung der Formier, Stempelmacher, Grubenhauer und der in den Gießereien beschäftigten Arbeiterinnen, Hilfsarbeiter und Lehrlinge.

Sonntag, den 23. Juni 1918:

Gelsenkirchen-Recklinghausen. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammenkunft bei Dingenauber.

Gelsenkirchen-Schalke. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammenkunft bei Wegener.

Gelsenkirchen-Hüllens. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammenkunft bei Nagelhütte.

Gelsenkirchen-Haldern. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammenkunft bei Schmidtmann.

Gelsenkirchen-Solingen. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammenkunft bei Kaiser.

Gelsenkirchen-Districtverw. Nachmittags 4.30 Uhr Ausschuß der Kolleginnen.

Sonntag, den 30. Juni 1918:

Gelsenkirchen-Districtverw. 2.30 Uhr bei Dingenauber, Düsselstraße, Versammlung der Schienmetallarbeiter.

Besammlungs-Kalender und Bekanntmachungen.

Samstag, den 8. Juni 1918.

Gelsenkirchen-Districtverw. Abends 8 Uhr im Lokale Dirkes, Vereinsstraße 59; Sitzung der Vorstände, Beratungsräume und Ausschüssemitglieder der gesamten Verwaltungsstelle.

Sonntag, den 9. Juni 1918.

Hamborn-Districtverw. Jugendtagung für Groß-Hamborn bei Rosenahl Mart. Großes Programm. Alle Jugendmitglieder müssen erscheinen. Auch die älteren Kollegen sind herzlich willkommen.

Homburg. 11.30 Uhr Homburger Hof.

Dsg. Steck. 5 Uhr bei Schröder, Lüttringhausen, für alle Mitglieder mit Frauen und folgender Tagesordnung: Bericht, Vortrag und Ansprache.

Dsg. Steck. 8 Uhr außerordentlich dringende Beratungssitzung bei Baum, Grönstraße. Escheinen Pflicht. Auch Mitglieder haben gegen Vorzeigen des Mitgliederzertifikates Zutritt.

Gelsenkirchen-Districtverw. 11 Uhr bei Wegener, Schäfferstraße: Branchenversammlung der Maschinenarbeiter.

Witten. 4 Uhr im Gemeindeamt zu Dremel, Beratungssitzung mit Vortrag. Im Anschluß daran Erledigung der Rentenabrechnung mit dem Kassierer.

Kref. 11 Uhr im Sol. „Zum Amtgericht“, Breitestraße.

Ratingen. 11 Uhr bei Käfer, Schenkerstraße.

Gütersloh. 11 Uhr bei Röder, Schwammtstraße.

Gütersloh. 11 Uhr im Lokale Ahlemeyer, Kreuzstraße.

Gütersloh-Süd. 3 Uhr bei Dr. Schnitter.

Gütersloh-Nord. 7 Uhr bei Seifit, Bismarckstraße.

Gütersloh-Süd. 6.30 Uhr bei Stolze, Chausseestraße.

Herford. 5 Uhr bei Weißer, in Welpe.

Herford. 11 Uhr bei Stolz, Wendorfstraße.

Herford. 11 Uhr bei Süder, Hauptstraße.

Herford. 11 Uhr bei Süder, Süderstraße.

Herford. 5.30 Uhr bei Süder. Verbandsbücher mitbringen. Ballzähiges Erklären dringend erforderlich.

Montag, den 11. Juni 1918.

Gelsenkirchen-Districtverw. Abends 8 Uhr bei Dirkes: Brandenbergsitzung der Schmiede, Schmiede und in solchen Betrieben beschäftigten Hilfsarbeiter, Arbeitern und Schreinige.

Mittwoch, den 12. Juni 1918:

Gelsenkirchen-Districtverw. Abends 8 Uhr bei Süder, am Rathaus.

Gelsenkirchen-Districtverw. Abends 8 Uhr bei Dirkes, Vereinsstraße: Brandenbergsitzung der Dreher, Hilfsdreher, Dreherinnen, Lehrlinge und den Hilfsarbeitern dieser Branche.

Gelsenkirchen. Abends 8.30 Uhr bei Bergermann, Beratungssitzung der Feuerwehr.

Donnerstag, den 13. Juni 1918:

Gelsenkirchen. 1. Abends 8.30 Uhr bei Süder, Beratungsräume und Beratungssitzung.

Freitag, den 14. Juni 1918:

Gelsenkirchen. Abends 8 Uhr bei Bergermann, Oberstraße.

Samstag, den 15. Juni 1918:

Gelsenkirchen. 2. Abends 8.30 Uhr bei Bergermann, Oberstraße.

Sonntag, den 16. Juni 1918:

Gelsenkirchen. Abends 8 Uhr bei Bergermann, Oberstraße.

Werdohl	2455,-	Biberach	44,81
Schüttorfried	128,74	Müdersbach	3,-
Cleberg	82,35	Meggen	3,-
Bauken	65,23	Reinhard	1500,-
Neheim	5585,87	Menden	2000,-
Wahlhausen i. Th.	29,15	Eggen	17223,91
Ehen	282,982	Saerbeck	1.11
Ringsburg	3715,98	Neurode	1270,-
Markröschen	12,30	Gottmadingen	300,-
Worzin	164,61	Bredelar	110,-
Duisburg	10,-	Ulm	400,-
Ehingen	68,80	Karlsruhe	300,-
Freiburg	81,89	Radeburg	339,99
Böhrenbach	234,10	Steinbach	115,-
Ottmars	100,-	Heine	53,94
Ulm	120,33	Schmiede	1000,-
Bremen	200,-	Mannheim	500,-
Nachen	3638,63	Ulm	400,-
M. Gladbach	561,54	Olpe	400,-
Dülmens	33,34	Dortmund	450,-
Magdeburg	1037,30	Trittingen	200,-
Verlach	17,-	Cöln	3800,-
Delpe	206,69	Bielefeld	150,-
Stuttgart	308,39	Stolberg	1500,-
Wissen/Sieg	10,-	Billingen	200,-
Jünkerath	300,-	Oberndorf	719,99
Stolberg	2170,93	Neustadt	500,-
Wulf	121,70	Werdohl	1000,-
Braunschweig	36,30	Gelsenkirchen	1800,-
Basseringen	1000,-	Hilleshem	200,-
Singen	94,93	Hannover	100,-
Brühl/Sieg	3,-	Riel	120,-
Düsseldorf	4000,-	Heidenheim	45,30
Solingen	3000,-	Dortmund	1500,-
Bremen	500,-	Ulm	600,-
Rodenburg	200,-	Geistlingen	70